

Diese Zeitung erscheint  
jede Woche Sonnabends.  
Preis vierthalb Pfennig durch  
die Post bezogen 1,20 M.  
Gingefragt in die  
Postleitzahlstelle Nr. 9462.

# Der Sozialarbeiter

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: R. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Bren.  
Druck von C. A. H. Meister & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prüß, Hannover.  
Redaktionsschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Reaktion und Expedition:  
Hannover, Nikolaistr. 7 2. Et. — Fernsprech-Anschluß Nord 3002.

### Zur Änderung des Reichsknappschaffgesetzes.

Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstages hat nach langen und schwierigen Verhandlungen die erste Fassung des Gesetzes zur Änderung des Reichsknappschaffgesetzes beendet. Die Regierung hatte es im vorigen Jahre sehr eilig. Sie wollte schon im Juli 1925, noch vor Beginn der Reichstagsferien, die Änderung erledigt haben.

Die Vorlage der Regierung beachtigt die Wiedereinführung der bestehenden Familienhilfe. Dafür sollte aber die Alterspension unter schwierigen Voraussetzungen gewährt und gekürzt werden.

Durch diese Abänderungsanträge wurde das Unsoziale in der knappschafflichen Versicherung weder gemildert noch behoben. Die Untergarbeiter erhalten leichter und früher eine Rente, die sogenannte Alterspension. Die Übertragbarkeit können diese trotz der gleichen Beitragsleistung nicht erlangen. Diese eigenartige und ungerechte Regelung hat unter den Versicherten, die über Tag beschäftigt sind, Erbitterung ausgelöst.

Um die Interessen unserer Verbandsmitglieder unter dieser eigenartigen gesetzlichen Regelung zu wahren, sahen wir uns gezwungen, die Öffentlichkeit zu mobilisieren und die Einrichtungen des Reichsknappschaffgesetzes bloßzulegen. Wir verweisen auf die "Arbeit" Nr. 1 (1925) und den "Proletarier" Nr. 4, 5 und 47 (1925).

Durch unsere Organisationsvertreter wurde im Reichsarbeitsministerium, im Reichswirtschaftsrat, im Reichstage und bei sonstigen Verhandlungen und Gelegenheiten rege und intensiv mitgearbeitet, um eine zweckentsprechende Umgestaltung des Gesetzes zu erreichen. Die von unseren Vertretern gestellten Anträge beachtigten diejenigen Gruppen, die mit dem Bergbau so gut wie keine Berührung haben, von der knappschafflichen Versicherung zu befreien. Es sind dies die Arbeiter in den Salinen und in der Industrie der Steine und Erdöle. Die Arbeit in diesen Berufszweigen stellt überhaupt keine knappschaffliche Tätigkeit dar. Kommt eine solche aber in Frage, dann höchstens bei 5 Proz. der Beschäftigten. Der Wechsel in diesen Berufen ist im allgemeinen so groß, daß nur ein ganz geringer Bruchteil dieser Arbeiter die Arbeitszeit von 3 Jahren im Betrieb und damit zumeist in der knappschafflichen Versicherung überdeckt. Die Beiträge von 10—12 Mk. im Monat müssen also von diesen Arbeitern ohne irgendwelche Aussicht auf Rente gezahlt werden. Die wenigen, die länger in diesen Industrien Beschäftigung finden, haben nennenswerte Leistungen nur zu erwarten, wenn sie eine Jahrzehntelange Mitgliedschaft hinter sich haben. Es ist aber eine Seltenheit, daß bei den Arbeitern der Industrie der Steine und Erdöle eine so lange Beschäftigungs- und damit Versicherungsdauer erreicht wird.

Bei einem Haushalt durchschnittslohn von 176,50 Mk. beträgt die knappschaffliche Invalidenpension:

nach 4 Jahren . . . . .	11,30 Mk. monatlich
5 . . . . .	14,15
10 . . . . .	28,25
25 . . . . .	70,60

Die reichsgesetzliche Invalidenversicherung dagegen gewährt im Reichsdurchschnitt eine Rente von 25 Mk. der Industriearbeiter erhält im Durchschnitt 30 Mk. im Monat. Diese Versicherung gibt also noch nach einer 4jährigen Werkezeit und einem monatlichen Beitrag von 2,40 Mk. das Dreifache bei einem Viertel des Beitrages wie die knappschaffliche Versicherung. Aus dieser Gegenüberstellung ergibt sich, daß die Versicherten, die nur Invalidenpension beziehen können, kein Interesse an der knappschafflichen Versicherung haben.

Die knappschaffliche Versicherung hebt sich durch die Alterspension über den allgemeinen Rahmen der Sozialversicherung hinaus. Die Alterspension wird dem Versicherten gewährt, wenn er das 50. Lebensjahr vollendet hat, eine 25jährige Versicherungsdauer aufweist und während dieser Zeit mindestens 15 Jahre wesentlich bergmännische Arbeit verrichtet hat (darunter wird im allgemeinen Untergararbeit verstanden).

Die Arbeiter in den Salinen, in der Industrie der Steine und Erdöle und in den chemischen Nebenbetrieben vertreten keine bergmännische Arbeit im Sinne des Knappschaffgesetzes. Kommt es trotzdem vor, dann sind das Ausnahmefälle. Es ist deshalb erklärlich, daß für diese Gruppen die knappschaffliche Versicherung an Bedeutung verliert und daß Missstimmungen in Erscheinung treten müssen, wenn man die hohen Beiträge und die Ungleichheit der Leistung in Betracht zieht.

Von diesen Tatsachen ausgehend, haben unsere Verbandsvertreter ihre Anträge gestellt und vertreten. Der Reichswirtschaftsrat hat dann auch beschlossen, daß die Salinen und die Industrie der Steine und Erdöle von der Versicherung zu befreien sind. Nach der vorgenommenen Streichung im Gesetz würden nur noch diejenigen versicherungspflichtig bleiben, deren Betrieb "räumlich und betrieblich" mit dem Bergbau zusammenhängt. Das wären im allgemeinen die Zechen-

und wenn es gelingt, diesen Antrag durchzudrücken, dann bleiben doch noch erhebliche Teile Versicherter übrig, die minderen Rechtes sind. Es mußte deshalb danach gestrebt werden, eine Gleichheit in den Leistungen zu erzielen. Auf Grund dieser Vorstöße hat der Reichswirtschaftsrat und der Sozialpolitische Ausschuss beschlossen, den Begriff Alterspension fallen zu lassen.

Nach den vorliegenden Beschlüssen wird die Invalidenpension ohne Nachweis der Berufsunfähigkeit gewährt, wenn der Versicherte 55 Jahre alt ist und eine 25jährige Versicherungsdauer nachweist. Demnach fällt die Bedingung, daß wesentlich bergmännische Arbeit verrichtet, aus, muß in solchen Fällen weg. Diesen Versicherten aber, die 15 Jahre bergmännische Arbeit während der 25jährigen Versicherungsdauer nachweisen, bekommen die Invalidenpension schon nach Vollendung des 50. Lebensjahres. Gegenüber den jetzigen Bestimmungen ist diese teilweise Vereitigung der vorhandenen Ungerechtigkeit ein bedeutender Erfolg, der zum großen Teil auf die Tätigkeit unserer Vertreter zurückzuführen ist.

Erhebliche Auseinandersetzungen verursachte auch die Befreiung derjenigen Betriebe, die beim Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Januar 1924 nicht mehr versicherungspflichtig waren, die Versicherung aber auf eigenen Wunsch fortsetzen. Die Abstimmung kam damals während der Ruhrbefreiung zustande. Auflösung über das Gesetz fand nicht statt. Es ist deshalb notwendig, daß diesen Betrieben noch einmal die Möglichkeit gegeben wird, über das Fortbestehen der Versicherung zu entscheiden. Das Auscheiden in diesen Fällen darf aber auch nicht wegen der Erstattung des Kapitalwertes erschwert werden.

Der Wechsel im Beschäftigungsverhältnis bedingt unter bestimmten Voraussetzungen auch eine Änderung in der Versicherung. Aus diesem Grunde ist zwischen der reichsgesetzlichen Invalidenversicherung und der reichsgesetzlichen Angestelltenversicherung eine Wanderversicherung eingeführt worden. Da dieser Wechsel für die knappschafflichen Versicherten mit ihrer großen Zahl nicht Verständigen in noch weit stärkerem Maße in die Erscheinung tritt, ist die Wanderversicherung zwischen der Invalidenversicherung, der Angestelltenversicherung und der knappschafflichen Versicherung eine unbedingte Notwendigkeit. Unsere Anregungen fanden im Reichswirtschaftsrat nicht die gebührende Beachtung. Im Reichstag stellte die sozialdemokratische Fraktion einen entsprechenden Antrag; die Wanderversicherung für die Arbeiter wurde aber sofort abgelehnt, nur den Angestellten wurde die Wanderversicherung, wenn auch in etwas beschränktem Maße, zugesichert.

Infolge der Eigenart der knappschafflichen Versicherung und des großen Wechsels der Berufsgruppen, die gerade für unsere Organisationen in Frage kommen, müssen wir darauf bestehen, daß die Wanderversicherung in vollem Umfang auch für die Arbeiter eingeführt wird. Es muß bestimmt werden, daß durch die Beitragsleistung in der reichsgesetzlichen Invalidenversicherung die erworbenen Rechte bei der knappschafflichen Versicherung nicht verloren gehen. Falls eingewendet wird, daß das durch die Zahlung von Anerkennungsgebühren möglich ist, so hat die Erfahrung bewiesen, daß die Mehrzahl der Versicherten von diesem Recht keinen Gebrauch macht oder vielleicht auch keinen Gebrauch machen kann.

Diese kurzen Darstellungen geben einen kleinen Einblick in die geleistete Arbeit unserer Vertreter in den verschiedensten Betrieben. Sie beweist aber auch, daß für die Zukunft alles daran gesetzt werden wird, um die Rechte und die Interessen unserer Mitgliedschaft zu wahren. Bei den verschiedenen Gelegenheiten würde schon rechtzeitig unserer Mitgliedern einzureden, die Vertreter des Fabrikarbeiter-Verbandes vertreten nicht deren Interessen zu vertreten. Wer das Gesetz und den Kampf um die Änderung objektiv beurteilt und verfolgt, wird erkennen, daß wir auf dem rechten Wege sind. Wer das jetzt noch nicht einsehen sollte, den wird es die Zukunft lehren.

Auflagenpreis:  
50 Pf. für die 3 gespalt.  
Postkarte.  
Geschäftsanzeigen werden  
nicht aufgenommen.

Colleginnen und Kollegen, jetzt sind wir uns einig,  
daß die Erhebung der Extrabeiträge notwendig ist.  
Wer es kann, der zahlt so bald wie möglich den  
Gesamtbetrag, denn schnelle Hilfe ist auch für den  
Verband doppelter Hilfe. Und

sorgt dafür, daß auch die hente in der Versammlung  
nicht anwesenden Mitglieder über die einheitliche  
Auffassung bezüglich der Extrabeiträge unterrichtet  
werden. Sagt Ihnen, daß Organisation einheitliches  
solidarisches Handeln heißt, daß es nicht angehe,  
dah Jeder

moch

was er will! Besonders der Kollege X. muß noch  
einsehen lernen, daß er nicht gegen alles und ewig  
Opposition machen darf. Was, tuft da plötzlich  
der Kollege X. Ihr glaubt vielleicht, ich habe meine  
Extrabeiträge noch nicht bezahlt? Hier seht her!  
Ja will

es

auch beweisen, daß alle zwölf Marken in meinem  
Mitgliedsbuch kleben. Dieses Mal habt ihr euch  
in mir schwer verrechnet. So, und jetzt geht hin  
und macht's

nach!

Wir müssen deshalb verlangen, daß die  
Arbeiter allein das Recht haben, einen An-  
trag auf das Auscheiden zu stellen.

Der § 2c, wie ihn der Sozialpolitische Ausschuss des  
Reichstages annahm, ist untragbar und schließt die Möglichkeit  
des Auscheidens so gut wie aus. Er lautet:

Für die nach dem § 2a und 2b auscheidenden Betriebe  
hat der Arbeitgeber den Kapitalwert bereits laufender Pensionen  
an ehemalige Versicherer und eine angemessene Entschädigung  
für in dem auscheidenden Betrieb erworbenen Anwartschaften  
der Versicherer zu erstatten. Der Reichsarbeits-  
minister bestimmt das Nähere; er kann für die Erfaltung Teil-  
zulagen zulassen.

Wenn in diesen Betrieben auch nur wenige laufende  
Pensionen in Frage kommen, so ist es doch ungerechtig, den Kapitalwert hierfür zu fordern. Denn der Betreffende  
hat ja in den langen Jahren seine Beiträge geleistet. Nun  
verlangt man nochmals ein Kapital, so hoch, daß aus den Zinsen  
die Rente gezahlt werden kann. Die gesamte Absindung  
für 10- bis 20 000 Versicherte der Industrie der Steine und  
Erdöle wurde im Reichswirtschaftsrat auf rund 20 Millionen  
Mark geschätzt. Die Unternehmer werden sich weigern, diese  
Kapitalien zu zahlen, so daß dadurch schon ein Auscheiden  
unmöglich gemacht wird. Der Reichswirtschaftsrat hat dieses  
auch eingesehen und einen entsprechenden Beschluß gefasst.  
Nach diesem Beschluß haben

die auscheidenden Betriebe für die in ihrem Dienste  
erworbenen Ansprüche und Anwartschaften eine angemessene  
Entschädigung zu leisten.

Wir werden ernst beantragen, daß der Reichstag eine  
ähnliche Fassung beschließt. Bei der Entschädigungsberechnung  
müssen auch die bisherigen Beitragsleistungen berücksichtigt  
werden.

Für die Arbeiter in den chemischen Nebenbetrieben kommt  
infolge des ständigen Wechsels und ihrer Übertragungsfähigkeit  
die Altersrente auch nicht in Frage. Der Sozialpolitische  
Ausschuss des Reichstages will deshalb auch für solche Be-  
triebe, wenn sie von geringerer Umfang sind, Be-  
freiung zulassen. Von unseren Vertretern wird ernst be-  
antragt werden, daß auch Betriebe größerer Um-  
fänge von der Befreiung Gebrauch machen können. Über

### Einheitsfront?

Dieß von der Kommunistischen Partei proklamierte Wort  
ist immer noch wertvoll, wenn es aus ehrlichem Munde  
kommt. So brachte die "Westdeutsche Arbeiter-Zeitung", die  
Verbandszeitung der katholischen Arbeiter und Knappen-  
vereine Westdeutschlands, in ihrer Nr. 9 vom 27. Februar  
1926 einen mit "we" gezeichneten Artikel, aus dem der feste  
und ehrliche Wille zur Einheit der Arbeiterschaft spricht. Der  
Artikel befaßt sich mit "Wirtschaft, Unternehmertum und  
Arbeiterschaft". In seinen Erörterungen beschäftigt sich der  
Verfasser auch mit der gewerkschaftlichen Zersplitterung und  
schreibt:

Die deutsche Arbeiterschaft bietet noch ein einigermaßen  
Bild der Zersplitterung. So etwas gibt's nicht mehr in der  
Welt und kann und wird es auf die Dauer auch in Deutschland  
nicht geben. Wir sind sicher: Was die Vernunft einigermaßen  
Arbeiter und Arbeiterschaften bisher nicht erreicht hat, das wird  
die Vernunft der kapitalistischen Gewaltsherren jenseits bringen:  
die Arbeiterschaft wird zum mindesten gewerkschaftlich in eine

Gron geprägt. Ob das jeder der Führer will oder nicht: es wird so kommen! Nicht nur, sondern die rohe Rücksichtslosigkeit, die gegen die Arbeiter aufgestanden ist, und die Verständnislosigkeit, die ein sogenanntes christliches Bürgertum ihren entgegengestellt, wird ein Einigungswort vollbringen, das alle Arbeiter umfasst. Jetzt wird auf den Kampf der Arbeiter gegen Arbeiter noch unzählig viel Zeit und Kraft verbraucht. Eines Tages aber werden die Massen erkennen — das heißt zu einem großen Teil haben sie es schon jetzt erkannt — daß es eine Sünde wider das eigene Leben ist, die bestehende Weltordnung und Selbstverleistung fortzuführen, daß wir deutschen Arbeiter vielmehr in gegenseitiger Achtung und in der Achtung jedweder aufrechter wissenschaftlichen und politischen Überzeugung und Orientierung alle Kräfte riefen und in engster Verbindung miteinander für unseren wirtschaftlichen Lebenskampf einzutreten haben. Der Kommunist wird seine Kollegen und überparteilichen abstreiten, wonit er jetzt die Arbeiterschaft vertreibt, der Sozialdemokrat wird einsehen, daß er die religiöse Überzeugung der christlichen und katholischen Arbeiter achten muß, daß er die Kirche nicht verstoßen und die Weltlichkeit nicht verhöhnen darf, und der christliche Arbeiter wird erkennen, daß er vom Kampf gegen die sozialdemokratischen Kollegen nicht leben kann. Und sie werden die Hände ineinander legen. Wohlgerne! unter dem Druck der rücksichtslosen Gewalt und Verständnislosigkeit, die gegen sie aufgestanden sind. Wir sind auf diesem Wege schon ein Stück vorgegangen im Vergleich zur Vorkriegszeit. Über den ersten Anfang sind wir schon hinweg. Und so sehr es auch zu begrüßen ist, daß man sich vereinzelt wieder um das Zustandekommen einer neuen Arbeiterschaft bemüht, so außfällig muß es doch jedem sein, wie unpopulär dieser Gedanke mittlerweile in der gesamten Arbeiterschaft geworden ist, daß dagegen aber die gewecktesten Köpfe der Arbeiterschaft in Fabrik und Werkstatt über eine feste Arbeitsgemeinschaft aller gemeinschaftlichen Organisationen nachsinnen.

Man kann das alles unterschreiben bis auf den Irrtum, der ausschließlich unausrotbar ist, der sozialdemokratische Arbeiter verstoße und verhöhne die religiöse Überzeugung anderer, die Kirche usw. So etwas können nur unvernünftige Leute tun, die sich als Sozialdemokraten ausgeben. Andererseits weiß man, daß die Angehörigen der christlichen Organisationen einfach jeden als Sozialdemokraten bezeichnen, der ihre religiöse Überzeugung antastet.

Dass der Verfasser des zitierten Artikels eine richtige Auffassung von der kommenden Entwicklung hat, ist unterdessen durch den Anschluß der seither christlich organisierten lippischen Sieger an unseren Verband bestätigt worden.

Das „Zentralblatt“ der christlichen Gewerkschaften Deutschlands ist über den Artikel in der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ erost und bringt das in seiner Nr. 6 vom 22. März zum Ausdruck. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ richtig sieht. Rationalisierung, Verkürzung, internationale Kapitalversippung, d. h. die Umbildung der Produktionsweise, überhaupt die Entwicklung, sorgt dafür, daß das eintrifft, ja eintreten muß — früher oder später —, was „we“ in seinem Artikel zum Ausdruck bringt.

## QQQ Aus der Industrie QQQ

### Chemische Industrie

Die deutsche Farben-Industrie vor und nach dem Kriege.  
Vor J. Rehren.

In allen Industriezweigen wird man bei einer näheren Untersuchung den gewaltigen Wechsel der Wirtschaftslage unter den Einflüssen des Weltkrieges und seiner Folgen finden. Ein Industriezweig, der schon vor dem Kriege eine Monopolstellung eingenommen hat, ist unsere Farben-Industrie, insbesondere aber die Leinfaser-Industrie. Untersuchen wir deren Marktlage vor dem Kriege, und zwar auf dem Weltmarkt, die Kriegszeit mit dem auftretenen Abfall vom Weltmarkt, die Wirkung dieser Tatsache. Nach dem Kriege stand die deutsche Farben-Industrie vor völlig neuen Aufgaben, in erster Linie die Versicherung des Weltmarktes. Dabei stachen mir bald auf die Wiederkehr der einzelnen Staaten, die ihre jungen Industrien neu eröffnen wollen. Welche Möglichkeiten sind nun zur Verminderung dieser Schwierigkeiten gegeben und wird die deutsche Farben-Industrie ihre Vorrangposition wieder zu erreichen vermögen?

Seither ist vor dem Kriege diesen Fragen nicht die notwendige Aufmerksamkeit gewidmet worden und so findet sich nur schwer die einen etwas dazu zu entbehrende Unterlage. In Hand des Gegebenen soll dies versucht werden, die Anhänger zu lösen.

Die Entwicklung von Farben ist schon sehr alt, wie Funde bei Ausgrabungen oder Ausgrabungen zeigen. Die keramischen Erzeugnisse, die auch auf die Zeit der Griechen, Römer, Gallier, Germanen zum geraden, zeigen farbige Verzierungen, aber auch die Farbe sprach von einem sehr gewaltsamen Grundsatz, der von den Jägern zum Schmuckstück der Hure und Amazone vermeint wurde. Es sind also schon vor Tausenden Jahren Farben nach den Menschen verwendet worden.

In den ältesten organisierten Farbfabriken gehört wohl der Indigo. Die Universität hat festgestellt, daß die Länder, mit denen die asiatischen Flüsse eingewandert waren, mit Indigo gefüllt waren. Desgleichen sind die organischen Farbstoffe zu nennen: die Waldbutter, Apfel und Zitrusfarne, Heidekraut, milde Saffron, die Knopffarne, Chinarinde oder Van, Cinnabar und Chinapar. Der Indigo, eine heilige Pflanze, vertrug bald der heimischen Waldbutter und die Entwicklung des Kaiserreichs brachte eine Menge neuer Farben nach Europa. So finden wir nach dem 16. Jahrhundert auch die Farbenfarben in zunehmendem Maße vor.

Nicht zu unterscheiden ist das Übergang zur chemischen Entwicklung von Farbstoffen und die Entwicklung der Dörfchen erster heiliger Farne, der Alchemisten. Diese dörnten die ersten chemischen Farbenforschungen auf diesem Gebiete gemacht haben. Insbesondere auf dem Gebiete der organischen Farbstoffe halfen sie dem Weltmarkt durch eine Menge von leichteren bereitstellbar. Es wurde im Jahre 1811 das Verfahren von Diesbach hergestellt. Auf diesem Wege schaffte die Farbenforschung weiter und so wurde 1827 in Frankreich und Großbritannien das Nitrosofarbstoff-Chlorophenol hergestellt. Nun ging die Entwicklung mit Fortschritten voran. Im Jahre 1866 gelang es Griechen und Liebermann, den Knopffarbenfarben beizutreten und die Produkte der Knopffarbenfarben hatte geschafft. Dazu trug auch dem Indigo auf den Leib und bald damit es Adolf Bayer, dessen Name hierzu gehörte. 1897 breitete die Deutsche Farben- und Soda-Industrie der ersten Stelle auf dem Markt. Und ein Jahrzehnt danach es, und die Industrie war fertig.

Die Entwicklung der deutschen Farben-Industrie ist, der geschilderten Entwicklung folgend, wie folgt:

Im Jahre 1860: Fabrik in Offenbach seit 1905 mit Griechen-Gitarren vertrieben.

Im Jahre 1861: Farbenfabrik neue Stadt, Beyer & Co., damals in Oberfeld, jetzt Farbenfabrik bei Hof.

Im Jahre 1862: Farbenfabrik neue Stadt, Farben und Seife in Höchstädt a. R.

Im Jahre 1863: Kalle & Co., Bieberich a. R.

Im Jahre 1865: Badische Anilin- und Soda-Fabrik.

Im Jahre 1870: Leopold Cillek & Co., Frankfurt a. M.

Im Jahre 1873: Anilinfabrik für Anilin-Fabrikation, Berlin, durch Fusion zweier schon bestehender Fabriken.

Im Jahre 1877: Leinfaserfabrik für Met, seit 1890 Weller fer Meer in Würtingen a. R.

Im Jahre 1879: Farbmärkte vorn. A. Lombard & Co., Wilhelm am Rhein.

Bis zum Jahre 1914 nahm unsere deutsche Farbenindustrie in Verbindung mit der schwedischen eine Monopolstellung ein. Sie war in zwei Gruppen in kartellartiger Weise verbunden. Erst im Jahre 1916 kam es zu einer Interessengemeinschaft.

Die Einwirkung des Krieges auf die Ausfuhr zeigt folgende Zahlen:

Farben	1913	1920	1921
	Tonnen	Tonnen	Tonnen
Anilin-Leinfaser	64 288	17 884	9875
Anilinfarben	11 040	3 385	975,4
Indigo	33 333	8 071	3364,4

Obwohl wir 1921 schon in der Inflationsszeit waren, konnte doch die Ausfuhr nicht gesteigert werden, sondern ist gegen 1920



### NEIN! Keinen Alkohol! Er bringt mich bei der Arbeit in Gefahr!

noch gesunken. Die Ursache müssen wir in der Eigenproduktion der Länder suchen, die vor dem Kriege Abhängiger waren.

Ein englisches Gesetz vom 14. September 1914 spricht z. B. die Belebahnahme der deutschen Patente und Werke in England aus. So wurden die Industriebetriebe der höchsten Farbwerke der größten Leinfaserfabrik, der Levinstein Ltd., zugesprochen. Ebenso erging es den Filialen der zur Interessengemeinschaft gehörenden Firmen in Manchester und Bradford. Mit Hilfe dieser Betriebe hofften nun die Engländer, ihren Bedarf selbst zu decken und womöglich noch ausführen zu können. Unter Mithilfe der Regierung wurden die Firmen British Dyestuff Ltd. und Reed Holliday & Sons verschmolzen. Die Regierung hatte dazu 2 Millionen Pfund Sterling bewilligt und die Leitung des Werkes Prof. Perkin übertragen. Dazu wurde ein Ausschuß von 12 Chemieprofessoren geschaffen. Das Ergebnis war aber gleich Null, und 1919 erfolgte die Fusion mit der Levinstein Ltd., deren Betriebe stotter arbeiteten. Die neue Gesellschaft nannte sich British Dyestuff Corporation Ltd. und arbeitete mit 10 Millionen Pfund Sterling Aktienkapital. Auch hier zeigte sich fast Auftrag ein Rückgang. Die Produktion betrug 1924 nur noch 40 bis 45 Prozent der 1918 erzeugten Menge. Der deutsche Wettbewerb machte sich fühlbar, und man ist krampfhaft bemüht, mit der deutschen Industrie Vereinbarungen zu treffen, was aber noch nicht gelungen ist.

In Frankreich hat man ebenfalls eine Kriegsindustrie entwickelt, und zwar fast unter denselben Umständen wie in England, durch Beschlagnahme deutscher Werke und Patente. Im April 1916 wurde das Syndicat National des Matières Colorants gegründet. Im November 1916 erfolgte die Gründung der Compagnie des Matières Colorants et des Produits Chimiques mit einem Kapital von 400 Millionen Frank. Am 7. Juni erfolgte die Fusion der Compagnie Nationale mit der Société des Produits Chimiques et Colorants Français.

In Italien wurde mit Hilfe Englands die Società Nazionale Colori di Giuliano Riguardi gegründet mit einem Kapital von 8 Millionen Lire. Verschiedene andere Betriebe haben sich mit italienischen Unternehmen vereinigt.

Japan, von der deutschen Farbfabrik ein Fahrzeug abgeschafft, ging auch bald eifrig daran, eine eigene Farbenfabrik zu errichten. Die Regierung ließ der jungen Industrie reichlich Unterstützung kommen und so sehen wir heute dort schon eine beachtenswerte Industrie im Gange. Das führende Werk dürfte die Nippon Shōki Seiko Kabushiki Kaisei sein.

Eine bedeutsame Entwicklung hat die Leinfaserproduktion in den Vereinigten Staaten erlebt. Dort bestanden im Jahre 1914 7 Leinfaserfabriken. Ihre Bedeutung macht am besten eine Tabelle gegenüberstellung klar:

Jahr	Betriebe	Produktion	Personalkosten
1913	7	6 819 729 lbs	2 470 906 Dollar
1920	?	88 238 776	-
1922	87	64 632 187	-
1923	88	93 667 524	47 223 161
1924	88	67 000 000	-

Die Entwicklung von Farbstoffen in 88 Betrieben im Jahre 1923 gegenüber nur 7 Betrieben 1913 zeigt, wie rasch die Nachfrage nach dem Nachschub der deutschen Farben vom Markt in Amerika wurde. Nur dieses Nachschub konnte eine so schnelle Entwicklung bewirken. Aber die davon gehoffte Hoffnung wurde nicht erfüllt und schon das Jahr 1924 zeigte uns, daß sie auch in den nächsten Jahren wohl nicht erfüllt werden wird. Es verhinderte die Federat. Tariff Commission in einem Bericht über die Steigerung der Produktion im Jahre 1923, daß Amerika bald die erste Stelle in der Farbfabrikationsfertigung einnehmen werde. Hätte man ein Jahr gewusst, so wäre dieser Satz nicht geschrieben worden. Den Produktionsrückgang im Jahre 1924 kann man nur mit der einlegenden deutschen Konkurrenz erklären. Und das sich diese noch im Jahre 1925 gezeigt hat, zeigen folgende Zahlen:

Jahre	1924	1925
Jänner	238 613 lbs	413 934 lbs
Februar	161 564 lbs	373 259 lbs
März	302 799 lbs	527 934 lbs

Eine Vergleichung der Zahlen überzeugt uns sehr von der Tatsache, daß die Farbfabrikation im Jahre 1925 gegenüber 1924 sich verdoppelt hat, doch es ist mit der ersten Stelle Amerikas in der Farbenherstellung noch eine gute Weile hat. Die Produktionszahlen überzeugen uns aber auch von der Tatsache, daß die deutliche Steigerungsfertigung für immer dahin ist. Sie sagt uns noch mehr, nämlich, daß der größte Teil des amerikanischen

Märktes verloren ist und auf anderen Märkten noch mit der Konkurrenz gerechnet werden muss. Wie steht es denn mit der Ausfuhr der Vereinigten Staaten? Lassen wir Zahlen sprechen:

Jahr	Ausfuhr	Wert
1918	8 244 187 lbs	3 906 443 Dollar
1922	17 924 200 lbs	5 565 287 Dollar
1923	—	—

Bei der Zahlrechnung der deutschen Ausfuhr im Jahre 1925 durch die Aufzehrung könnten die Verein. Staaten 90 Prozent ihres Inlandebranges decken und auch noch 18 000 000 lbs Ausfuhr verzeichnen. Interessant ist nun hier, den Judentum weiter zu verfolgen. Wird doch die Ursache des Krieges oft durch das deutsche Wirtschaftsamt erklärt; sicher ist, daß die Amerikaner davon gelernt haben. Dies zeigt eine Preisgegenüberstellung von Kanada und den Verein. Staaten:

Namen der Farben	Per. Staaten	Kanada
Allizarine Saphrole S. C.	4,10	2,52
Acid Allizarine Grey G.	3,00	2,35
Allizarine Red 1 W. S. Powder	2,75	1,40
Allizarine Blue Black B.	2,10	1,25
Fuchs Acid Violet R.	6,00	3,25
Indanthrene Yellow G. d. past.	3,85	1,65
Indanthrene Orange R. R. T. past.	2,37	1,75
Indanthrene Golden Orange G. d. past.	2,50	2,45
Indanthrene Blue G. C. S. d. past.	3,10	1,30
Indanthrene Brilliant Violet R. A. past.	2,25	1,30
Helindone Pink R. extra past.	1,59	1,10
Palen Blue R.	2,25	1,30
Abodamine B. extra	6,00	3,50
Abodamine S. G. D. extra	5,85	3,75
Diaminoine Blue A. A.	2,00	0,67
Palen Blue A.	2,85	1,30

Rehen wir nur einmal zur Gegenwart zurück und sehen uns den Weltmarktanstand an. Es seien dazu die Höchstjahreszahlen der Produktion in den einzelnen Ländern genommen.

Länder	Jahr	Erzeugung
Deutschland	1913	280 000 000 lbs
Amerika	1923	94 000 000 lbs
Großbritannien	1920	48 000 000 lbs

leideren Ein- und Verkaufspreisen viel besser mit ihren geringen Gehaltsmitteln auskommen als bei hohen Preisen. Der Angriff gegen die Kartelle war einseitig. Wenn die Regierung etwas erreichen wollte, dann mußte sie gleichzeitig gegen Kartelle und Gewerkschaften vorgehen, aber dazu fehlte es ihr an Mut und Einstellung.

Wenn Industrie und Handel an hohen Preisen kein Interesse haben, warum dann die Forderungen nach Schätzgößen, warum die gewaltsame Hochhaltung der Kartellpreise, warum die Einschränkung der Produktion zur Hochhaltung der Kartellpreise, warum dann nicht der freie Wettbewerb, der doch angeblich durch Nachfrage und Angebot den Preis reguliert, warum der Schrei nach Beseitigung der staatlichen Zwangswirtschaft im Wohnungsbau ist, und warum gleichzeitig die private Zwangswirtschaft durch Regulierung der Preise vom grünen Tisch aus in Kartellen, Syndikaten und Preiskonventionen?

Dem Fachmann in gehobener Stellung sollte eigentlich der Unterschied zwischen Kartellen und Gewerkschaften erkennbar sein, um dieselben nicht mit Wucherinstitutionen in einen Topf zu werfen. Er sollte wissen, daß die Kartelle, Syndikate und Preiskonventionen ohne Rücksicht auf die Kalkulationsmöglichkeit der einzelnen Betriebe ihre Preise nach einem gewissen Durchschnittsverfahren festlegen und daß sie sich hierbei weder von der Arbeitsschafft noch von den Gewerkschaftsorganisationen, weder von den Konsumenten, noch von den Konsumentenorganisationen auch nur das Geringste darein reden lassen, daß sie ihre Preisermittlungsmethoden als strengstes Fachgeheimnis bewahren, und daß seiner Löhne der Arbeiter von den Gewerkschaften nicht einfach verdielen werden können, sondern daß sie das Produkt von Verhandlungen oder Kämpfen sind, die sich zwischen den Arbeitgeberorganisationen auf der einen Seite und den Gewerkschaften auf der anderen Seite abspielen. Er sollte weiter wissen, daß infolgedessen die Festsetzung der Löhne unabhängig ist von der Zwangspolitik der Kartelle, Syndikate und Preiskonventionen, daß die Bildung der Löhne vielmehr ausschlagend ist, neben dem Kräfteverhältnis der vertraglich bindenden Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen die jeweilige Wirtschaftskonjunktur. Infolgedessen können Gewerkschaften nicht mit der Kartellscharmerhöhung betrachtet werden.

Selbstverständlich sind nach dem Fachmann in gehobener Stellung nur die Arbeitserlöne an der heutigen Wirtschaftskrise schuld. Die Tatsache, daß es sich um eine Volkswirtschaftskrise handelt, daß diese Krise eine Folge des verlorenen Krieges ist, kümmert diesen Herrn wenig. Niedström mit der blauen Brille und seine Anhänger die Niederlage Deutschlands trog aller gegenseitigen Beweise im Polstof hinter dem Rücken des Heeres erblicken, so hat sich auch im Gehirn des Fachmannes in gehobener Stellung eine wirtschaftliche Polstoflegende gebildet, und zwar die Lohnpolitik der Gewerkschaften. Wörtlich schreibt dieser zumose Fachmann über dieses Thema:

Wodurch sind denn im Jahre 1924 und 1925 die Preise weiter gestiegen? In der Hauptsache durch Lohnsteigerungen und weil niemand mehr etwas dabei verdienen konnte. Gegenüber einer Reichsindexziffer-Steigerung von rund 20 v. H. in dem Zeitraum vom 1. Januar 1924 bis 31. Dezember 1925 sind die Löhne z. B. der Maurer um 90 v. H., der Zimmerleute um 100 v. H., der Buchdrucker um 80 v. H., der Buchdrucker um 78 v. H. gestiegen. In dieser Differenz liegt die Steuerung, nicht in dem vermeintlichen Machtwillen der Kartelle, die ja keine Monopollstellung haben.

Der Zweck heiligt die Mittel, so dachte wahrscheinlich auch der Fachmann in gehobener Stellung, als er die obigen Berechnungen anstellt. Ohne die nach der Stabilisierung der Währung eingetreteten Lohnsteigerungen der Bauarbeiter und Buchdrucker bis zum Schlusse des Jahres 1925 einer näheren Prüfung zu unterziehen, muß aber doch gefragt werden, daß es unfair ist, ausgerechnet die Löhne derjenigen Gruppen heranzuziehen, die infolge Facharbeitermangels und verschärfte wirtschaftliche Konjunktur ihr Lohnniveau über das der übrigen Industriearbeiterschaft hinausgehoben konnten. Es kommt ihm weiterhin nicht darauf an, um wieviel Prozent seit der Stabilisierung der Währung die Löhne gestiegen sind. Maßgebend ist vielmehr der Stand der Löhne nach der Währungsstabilisierung und der jeweilige Anteil der Löhne an den Produktionskosten der einzelnen Erzeugnisse. Wie der obigen Berechnung zugrunde gelegten Goldlöhne liegen weit hinter den Friedenslöhnen und noch weiter in ihrer Kaufkraft hinter den Reallohnen der Friedenszeit.

Der Fachmann in gehobener Stellung sollte wissen, daß die Arbeitgebervertreter in einer Sitzung der Zentralarbeitsgemeinschaft im August 1928 die Forderung aufstellten, daß der festzustehende Goldlohn nur zwei Drittel des Friedenslohnes befragen dürfe, ohne Rücksicht auf die gegenüber der Vorkriegszeit eingetretene Versteuerung der Lebenshaltungskosten. Er könnte weiter wissen, daß der Vorstand der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände am 25. Oktober 1928 Richtlinien an die deutschen Arbeitgeberverbände herausgegeben hat, in denen es zur Frage der Goldlöhne unter Absatz 8 heißt:

Alle Zweige der Unternehmerschaft sind sich darüber klar, daß der heutige Goldlohn unter allen Umständen niedriger sein muß als der Friedenslohn.

Im gleichen Absatz dieser Richtlinien heißt es weiter:

Wenn in einzelnen Gruppen mit jetzt vielleicht noch leidlichen Abschlagsverhältnissen durch unbedachtes Nachgiebigkeit der Unternehmer ein zu hoher Goldlohn festgelegt wird, ist erfahrungsgemäß mit der Gefahr der Auswirkung auf andere Tarife zu rechnen, die dann einen solchen Lohn untragbar machen würden.

Fast zu gleicher Zeit gab Generaldirektor Dr. Eichberg im Auftrag der Arbeitgebervertreter anschließend von Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium die Erklärung ab, daß der alte Friedenslohn unmöglich gezahlt werden könne; die Lohnsätze müßten vielmehr darunter bleiben. Gleichzeitig wandte er sich gegen Schiedsprüche und Verbindlichkeitserklärungen derselben, die einen bestimmten Goldlohn vorsehen. Diese Taktik wurde von den Arbeitgeberverbänden bei den ersten Goldlohnabschlüssen auch gefreudig eingehalten, trotzdem die Gewerkschaften den schärfsten Widerspruch erhoben. Wollten wir die sumose Berechnungswweise des Fachmannes in gehobener Stellung zur Anwendung bringen, so müßten wir folgendermaßen rechnen: Die Reichsindexziffer für Lebenshaltung betrug im Januar 1924 110, der Goldlohn dagegen nur 68,6 Prozent des Friedenslohns; somit ergibt sich ein Minus von 43,4 Prozent. Wir können also ebenso gut behaupten: Der Goldlohn, den der Fachmann in gehobener Stellung der Berechnung der Bauarbeiter- und Buchdruckerlöhne zugrunde gelegt hat, lag 43,4 Prozent unter den Friedenslöhnen. In welch untauglicher Weise der Fachmann in gehobener Stellung seine Berechnungen angestellt hat, geht aus dem Vergleich mit der Reichsindexziffer-Steigerung hervor. Er rechnet einfach folgendermaßen: Im Januar 1924 stand die Reichsindexziffer für Lebenshaltung auf 110, im Dezember 1925 dagegen auf 186,3, ergo ist eine Steigerung von rund 26 v. H. zu verzeichnen. Daß diese beiden Indexziffern überhaupt nicht miteinander zu vergleichen sind, weil durch die Umstellung der Reichsindexberechnung im Februar 1925 eine vollkommen andere Berechnungsgrundlage geschaffen wurde, behauptet den gehobenen Fachmann nicht, auch nicht die Tatsache, daß die gegenüber der Friedenszeit ganz wesentlich erhöhten Abgaben für Steuern und für die soziale Versicherung in die Indexziffern ebenso wenig mit eingerechnet werden wie die Ausgaben der Arbeiter, die zu fast doppelten Vorkriegspreisen in neu gebauten Häusern Wohnungnehmen müssen oder die als ledige Arbeitnehmer gezwungen sind, den doppelten Vorkriegspreis für Untermiete zu bezahlen.

Die Vergleiche sind deshalb vollkommen unbrauchbar. Die Tatsache, daß der weitens größte Teil der deutschen Arbeiter den Reallohn der Vorkriegszeit noch nicht erreicht hat, läßt sich ernsthaft nicht bestreiten. Ebenso wenig, daß die Preise heute allgemein ganz wesentlich über den Friedenspreisen liegen. Und darauf kommt es doch an.

Nicht die angeblich hohen Löhne sind an unserer Wirtschafts- und Absatzkrise schuld, sondern genau umgekehrt die zu geringe Kaufkraft der Löhne. Die Kriegs- und Reparationsbelastungen, die deutsche Wirtschaft nach dem Kriege zu tragen hat, bedingen eine vermehrte Ausfuhr. Diese ist aber nur möglich bei Preisen, mit denen auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig werden kann. Diese Preise wiederum lassen sich nur bei billiger Produktionsweise erzielen. Eine billige Produktionsweise aber verlangt vollständige Ausnutzung der Betriebsanlagen und deren technische Verbesserung zur Steigerung der Produktion, nicht aber künstliche Betriebsbeschränkung zur Hochhaltung der Kartellpreise. Voraussetzung zur vollständigen Ausnutzung der Betriebsanlagen ist die Unterbringung der Produktion auf dem Markt. Dazu gehört, daß der Inlandsabsatz gehoben wird, Voraussetzung zur Hebung des Inlandsabsatzes ist die Kaufsfähigkeit des deutschen Volkes. Diese Kaufsfähigkeit wiederum hängt un trennbar zusammen mit seinen Einkommensverhältnissen. Da die Arbeitnehmerschaft nur den Lohn als Einkommen besitzt, so folgt daraus, daß je höher der Lohn, desto höher die Kaufkraft, je höher die Kaufkraft der Arbeitnehmer, desto größer die Absatzmöglichkeit.

verantwortliche Wirtschaftspolitik und gesunde Arbeitspolitik ein starkes Bekennnis abgelegt.

Was die Organisationsordnungen der Siegler betrifft, so schlägt die im Überlande geführte Auseinandersetzung um die Organisationsform der Siegler auch im Industriegebiet ihre Wellen. Es dreht sich jetzt um den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands mit seiner werdenden großen Berufsgruppe, "Keramischer Bund" und um den Zentralverband Christlicher Fabrik- und Transportarbeiter mit seiner Gruppe Gewerkeverein deutscher Siegler. Schon das rein zahlmäßige Größenverhältnis der beiden rivalisierenden Verbände zeigt deutlich, wo schon jetzt das Übergewicht liegt. Der Keramische Bund des freien Fabrikarbeiterverbandes kann sich stützen auf 400 000 Mitglieder mit circa 500 freigestellten Gewerkefunktionären, der Zentralverband mit seinem Gewerkeverein auf nur 40 000 Mitglieder mit circa 50 Angestellten. Die materielle Macht ist auch in der Gewerkschaftsbewegung von ausschlaggebender Bedeutung. Dazu kommt, daß die koptischen Siegler zu den großen freigewerkschaftlichen Einheitsorganisation drängen. Obwohl erst jetzt wenige Siegeler in Gang sind — Zahlen sind oben gebracht —, steht schon fest, daß die jahrelange Vormachtstellung des Gewerkevereins im Westen dahin ist. Mit der Aufnahme der Arbeit im größeren Umfang wird das noch mehr in die Entwicklung treten. Im Bezirk Essen z. B. sind alle sechs in Betrieb befindlichen Siegelerien restlos in der Einheitsorganisation. In den anderen Siegelerien steht es ähnlich. Die Siegler sind des Haders überwältigt. Sie wollen praktische Gewerkschafts- und Tarifarbeit leben und haben zu der zahnmal stärkeren Organisation, dem freien Fabrikarbeiterverband mit seinem Keramischen Bunde", das größte Vertrauen.

Hoffen wir, daß alle unsere schwergeprüften und verarmten Wanderarbeiter nach Ostern lohnende und dauernde Arbeit finden!

## Nahrungsmittel-Industrie

### Achtung, Konserverarbeiter und Arbeiterrinnen!

Immer näher rückt der Zeitpunkt, zu dem für die Konserver-Industrie die Hauptbetriebszeit im Jahre beginnt. In den Betrieben und in den wirtschaftlichen Organisationen der Arbeitgeber sind die Vorbereitungen hierzu in vollem Gange, zum größten Teil sind sie schon erledigt. Auch die Arbeiterschaft muß ihre Vorbereitungen für diese Zeit treffen, wenn sie ihre Interessen den Arbeitgebern gegenüber vertreten will.

Das Ziel der Arbeitgeber im allgemeinen geht daraus hinaus, „abzuhauen“. Welche Pläne die Arbeitgeber der Konserver-Industrie für die kommende Kampagne haben, wissen wir nicht. Eins aber dürfte feststehen. Sollen die Lohn- und Arbeitsbedingungen in der kommenden Kampagne für die Arbeiterschaft exträtiglich sein, dann muß rechtzeitig dafür gesorgt werden, daß auch die Saisonarbeiterinnen geöffnet organisiert sind. Hierzu müssen unsere Verbandsfunktionäre und die ständig beschäftigten Kollegen und Kolleginnen sehr die Vorarbeit leisten.

Zum Teil sind die fremden Saisonarbeiterinnen schon eingetroffen. Sie werden zunächst in Spargelplantagen und später in der Fabrik beschäftigt. Hier gilt es, mit der Vorarbeit zu beginnen! Also, auf an die Arbeit zur Schaffung einer geschlossenen Organisation in der Konserver-Industrie, damit diese die Interessen der Arbeiterschaft im gegebenen Augenblick vertreten kann.

### Welches sind die wahren Christen?

Für die deutsche Margarine-Industrie halten sich auf christlicher Seite zwei Organisationen für zuständig. Beide haben keinen großen Einfluß, um so mehr handeln sie nach dem Grundsatz „Klappt“ gehört zum Handwerk. Ist in der Margarine-Industrie irgend etwas durchgeführt, dann geraten sich die beiden christlichen Verbände in die Haare, weil jeder für sich in Anspruch nimmt, das Beste für die Margarinearbeiter geleistet zu haben. Dabei versuchen sie, sich auch ab und zu an uns zu reiben.

So wird uns z. B. in einer der letzten Nummern der "Solidarität" (Organ des christl. Nahrungsmittelverbandes) eine längere Epistel darüber gehalten, daß eigentlich auch wir nicht die richtigen Vertreter der Margarinearbeiter sind. Der engere "Berufsverband" soll die Interessen der Margarinearbeiter besser vertreten können als eine Organisation, die mehrere Industriezweige in sich vereinigt. Wir haben bisher von den Dingen keine Notiz genommen, möchten aber nunmehr dem christlichen Nahrungsmittelverband folgendes sagen:

Seine Organisation zählt nach unseren Informationen über ganz Deutschland kaum 10 000 Mitglieder. In der deutschen Nahrungsmittel-Industrie sind aber mehrere 100 000 Menschen beschäftigt. Man muß schon über eine sehr starke Einbildungskraft verfügen, wenn man angesichts dieser Zahlen für sich in Anspruch nimmt, der bestreite Vertreter der Nahrungsmittel-Industrie nicht noch andere Organisationen, dann wäre es um die Interessen der Nahrungsmittelarbeiter wirklich nicht zum besten bestellt.

Dieser „enge Berufsverband“ hält sich nun für die gesamte Nahrungsmittel- und Getreidemittel-Industrie für zuständig. Schnapsbrenner und Margarinearbeiter haben sicher das Interesse gemein, daß sie einen die Margarine essen und die anderen den Schnaps trinken, wirtschaftlich sind sie miteinander aber nicht verbunden. Sie sieht es noch mit einer Reihe anderer Gruppen aus. Es macht sich daher besonders schön, wenn eine Organisation, die diese Gruppe nebst einem Dutzend anderer in sich verschließt, von einem „engeren Berufsverband“ redet. Jedoch, das mögen die Herrschaften unter sich abmachen. Die Mehrzahl der Margarinearbeiter weiß, wer ihre Interessen am besten vertritt.

Vor uns liegt ein Flugblatt vom Zentralverband der Nahrung- und Getreidemittel-Industriearbeiter (Mitglied des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften). In diesem Flugblatt wird nun dem christlichen Fabrik- und Transportarbeiterverband (ebenfalls Mitglied des abigen Gesamtverbandes) der Vorwurf gemacht, daß er ein „Geistesprodukt“ losgelassen habe, mit „verlogenen Methoden“ arbeite usw. Es ist Sache der Christlichen, wie sie sich gegenseitig flüstern wollen. Wir wären auch auf dieses Flugblatt nicht ein-

## Unregelmäßiges Klassieren der Beiträge und Wohnungswchsel

müssen unverzüglich im Zahlstellenbüro gemeldet werden, um Nachteile für die Mitglieder und unliebsame Konflikte zu vermeiden.

desto leichter wieder die Steigerung der Produktion, woraus sich wiederum die Möglichkeit zur Verbilligung der Produktion ergibt. Diese Tatsache sollte eigentlich auch dem deutschen Unternehmertum einleuchten, und zwar um so eher, als die amerikanische Wirtschaft mit großem Erfolg nach dieser Methode handelt. Es ist der Flug der deutschen Machthaber, daß sie sich von jeder besseren Einsicht hermetisch verschließen. Im Weltkriege slegte sich das militärische Deutschland tot und mußte außer den Opfern an Menschenleben ungeheure Kriegskosten auf sich nehmen; die von Stinnes geforderte und von den übrigen Kapitalisten bewußt vorwärts getriebene Inflation führte nicht nur zu einer Vernichtung ehemals kapitalistischer Existenz, nicht nur soz. zum geistigen und körperlichen Zusammenbruch des deutschen Volkes überhaupt und der deutschen Arbeiterschaft im besonderen, sondern auch zum Ruin weiterer Volkskreise. Dasselbe Beispiel erleben wir wieder mit den Kartellen, Syndikaten und Preiskonventionen. Man will den Zusammenbruch ungünstiger Unternehmungen verhindern durch willkürliche Hochhaltung der Preise und übersteht dabei, daß unter dieser Praxis eines Tages die Wirtschaft zum Schaden der deutschen Volkswirtschaft zusammenbrechen muss. Etwas mehr wirtschaftliche Einsicht würde dem deutschen Unternehmertum schneller zum Erfolg verhelfen als das ewige Geschimpfe über die angeblich hohen Löhne der Arbeiter.

### Wiewiel Lote?

In der Zellulosefabrik von Hoechst in Heddernau bei Dresden explodierte am 7. April ein Kocher. Mehrere Personen wurden tödlich verletzt, andere schwer.

## Industrie der Steine und Erden

### Aus dem rheinisch-westfälischen Siegelgebiet.

#### Die Geschäftslage.

Entsprechend der langanhaltenden schweren Wirtschaftskrise ist auch die Geschäftslage in der rheinisch-westfälischen Siegelindustrie noch sehr flau. Die Stockung auf dem Baumarkt, das Fehlen der Baukapazitäten, das Daniederlegen der Großindustrie haben die Inbetriebnahme der Siegelerien verzögert. Hieran sind aber sehr unsere Wanderarbeiter interessiert. An Beispielen aus einigen Zahlen mag die derzeitige Geschäftslage der Siegelindustrie dargelegt werden. Im Bezirk Düsseldorf sind von circa 25 vorhandenen Siegelerien erst einige offen im Gange, in Mülheim von circa 30 Befrieden ebenfalls erst einige offen, in Essen von circa 95 Betrieben 6, in Bochum von circa 60 Siegelerien 7, in Dortmund von circa 70 Betrieben 6; im Sauerland, in Hagen und Siegen sind bei circa 65 Betrieben 6 im Gange. Eine ganze Zahl Betriebe sind mit den Vorbereitungsarbeiten für den Kampagnenbeginn beschäftigt. Es ist zu hoffen, daß nach Ostern eine größere Anzahl Siegelerien die Arbeit aufnehmen werden. Innerhalb dürfen der normale Beschäftigungsgrad — wenn überhaupt — nur Anhang oder Miete Mai nicht erreicht werden. Steinporträts sind überall vorhanden, in einigen Betrieben mehr als zwölf.

#### Lohn- und Tarifverhältnisse.

In Westfalen sind Lohn- und Mantelkärtchen am 31. März nach erfolgter Kündigung durch die Arbeitgeber abgetragen. Die Siegelerbeiter fordern Abbau des Mantelkärtchens, insbesondere Wegfall des Urlaubs für die Wanderarbeiter und einen Lohnabbau von 10 Prozent. Von dem bisherigen Spitzenlohn von 70 Pfennig würden dann für Lohngebiet A nur 63 Pfennig übrigbleiben. Da das Lohngebiet in 3 Lohnbezirke mit Staffelung nach unten eingeteilt ist, kann sich jeder Siegeler ausrechnen, welcher Lohn für die Gebiete B und C übrigbleibt. Die Siegelerbeiter klagen über die Untergestaltung der Betriebe. Erwähnenswert ist der Maivog in Dortmund zu den bereits vorhandenen sechs eigenen Betrieben noch die Siegelerien in der Sozialhalle bei Dortmund als siebte Siegelerie hinzuverordnet. Ob solche Künste nur gemacht werden, um Geld dabei zu verdienen? Den Arbeitern wird das ja immer gesagt.

In der rheinischen Siegelindustrie ist die Beschäftigungsmöglichkeit eine etwas bessere als in Westfalen. Infolgedessen sind die Lohnverhandlungen auch etwas weiter vorgetrieben. In der Lohnfrage war ein Schiedsspruch gefallen, der vom 1. April 1926 bis 31. Dezember 1928 einen Spitzenlohn von 75 Pf. gegenüber 82 Pf. im Vorjahr vorschreibt. Der Arbeit von 75 Pf. noch zwölf. Sie haben den Spruch abgelehnt, weil sie mit einem Lohnkärtchen in Verbindung mit dem Mantelkärtchen sind eine Verhandlung statt. Die Arbeitgeber verlangen von den Gewerkschaften den sofortigen Verzicht auf Urlaub. Als diese das Antragen ablehnen, blieben die Arbeitgeber den Nachstagsverhandlungen fern und verhinderten dadurch eine Einigung.

#### Organisationsfragen.

Die Arbeiterschaft des rheinisch-westfälischen Industriegebietes ist etwa dabei, die gewerkschaftliche Organisation einzubauen. Eine großartige Willensförderung der geläufigen Arbeitnehmer war die Einigung in Essen. Hier wurde Protest eingelöst gegen die Beschlüsse der Industrie- und Handelskammer. Es wurde für eine

gegangen, wenn darin nicht die Tatsachen auf den Kopf gestellt würden.

In dem Flugblatt wird es so dargestellt, als ob der christliche Nahrungsmittelverband die Interessen der Margarinearbeiter auch in der Milchzollfrage neben dem Gesamtverband christlicher Gewerkschaften in der Hauptsache vertreten hätte, und als ob die anderen Verbände dabei so gut wie nichts geleistet hätten. Demgegenüber möchten wir doch folgendes feststellen: In der Milchzollfrage, die für die Arbeiterschaft am Niederrhein verheerende Wirkungen hätte haben können, haben sich beide Organisationszentralen, also die freigewerkschaftliche und die christliche, bemüht, für die Margarinearbeiter am Niederrhein einen Ausweg zu finden, und sie haben ihn gefunden.

Wenn also der Gernegroß vom christlichen Nahrungsmittelverband glaubt, daß er allein der Messias der Margarinearbeiter sei, dann müssen wir ihm in diesen Wein schon einen gehörigen Tropfen Wasser schütten. Auch in anderer Art versucht der Flugblattschreiber, sich an uns zu reiben, indem er eine Verdächtigung niedrigster Art gegen die „anderen Herrschaften“ ausspricht. Wer damit gemeint sein soll, sagt er nicht. Neben seinem christlichen Bruder neint er nur noch die „anderen Herrschaften“ und denkt, die Arbeiterschaft fühlt schon, wer gemeint ist.

Ob sich eine derartige Handlungsweise mit christlichen Grundsätzen verträgt, darüber kann man mit dem Flugblattschreiber nicht streiten. Wenn aber der christliche Nahrungsmittelarbeiterverband glaubt, durch Verdrehung von Tatsachen seine Organisation, die ein kümmerliches Dasein führt, hochbringen zu können, dann dürfte er sich gefälscht haben. Wenn sich die beiden feindlichen christlichen Brüder gegenseitig beschimpfen, ist das ihre Sache, und man denkt dabei an Heinrich Heines berühmten Ausspruch: „Doch es will mich schier bedrücken, daß der Rabbi und der Mönch, daß sie alle beide stinken.“ Der eine will dem anderen Verlogenheit und sonstige Liebenwürdigkeiten an den Kopf und empfiehlt sich als der Alleinseligmachende. In gleichem Atemzuge stellt er aber die Dinge auf den Kopf und verdächtigt andere. Man muß zu dem Schluss kommen, die beiden sind einander wert.

Die Margarinearbeiter des Niederrheins aber müsstenangesichts derartiger „Kampfmethoden“ sich doch die Frage vorlegen, ob solche Leute überhaupt in der Lage sind, Arbeitersinteressen zu vertreten. Es ist zu hoffen, daß auch den dortigen Margarinearbeitern einmal die Augen aufgehen, damit sie sehen, wo ihre wirklichen Vertreter zu finden sind. An unseren Verbandskollegengen wird es liegen, hier Klarheit zu schaffen. Der Artikel „Einheitsfront“ in der heutigen Nummer des „Proletariers“ bringt hierzu beachtenswerte Ausführungen von christlicher Seite.

#### Zusammenschluß der süddeutschen Zuckarfabriken.

In der Zuckerindustrie ging in den letzten Jahren ebenfalls eine starke Gruppenbildung vor sich. Die Gesellschaft Süddeutscher Zuckarfabriken umfasste die Fabriken Frankenhal, Waghäusel, Stuttgart, Heilbronn und Offstein. Diese Fabriken werden jetzt fusioniert, indem Frankenhal alle Wörte in sich aufnimmt. Das Aktienkapital der neuen Gesellschaft soll 30 Mill. Mark betragen.

#### Jugendfragen.

##### Schulentlassung und Erwerbskampf.

Die Ungerechtigkeit unserer nur auf den Erwerbszinn eingestellten Gesellschaftsordnung wird am eindrücklichsten durch die Tatsache illustriert, daß die Jugend der höheren Gesellschaftsschichten bis weit über das 14. Lebensjahr die Schulbank drücken darf, während die Kinder der arbeitenden Schichten das nicht dürfen. Längst hätte das schulpflichtige Alter bis zum 16. Lebensjahr festgesetzt werden müssen. Gerade die moderne Zeit, die einen intelligenten Arbeitseifer erfordert, hätte die Durchschulbildung der großen Massen durch Verlängerung der Schulpflicht erfordern müssen. Natürlich würde damit eine allgemeine Erhöhung des Lebensstandards eintreten gehen, denn heute ist es doch in den meisten Fällen so, daß die Arbeitereile vielfach darum wär, einen nahrhaften Eßer los zu werden. Das Arbeitseind auf schulpflichtigen Kindern kann nur durch Verlängerung der Schulpflicht zu erreichen. Da gegenwärtigen Vater hört nun seinen eine zumindeste Aufforderung zu dieser Forderung. Nur so sie regisiert werden, wenn jemand den Mut dazu findet. In der „Bergarbeiterzeitung“ vom 4. April schreibt ein Kämpfer a. D. über das Thema Schulentlassung und Arbeitslosigkeit u. a. folgendes:

„Die deutsche Jugend trifft in C. viel zu früh in den Erwerbskampf. Mit 14 Jahren ist der Körper, wenigstens bei den Stadtjugend, noch nicht genügend kräftig dazu. Hier folgen z. B. die Bergarbeiter Kinder von Amerika viel besser für ihre Jugend, indem ein Teil die generelle Fähigung vor dem 16. Lebensjahr verfügt. Es trifft dort eben nicht nur ein 9. sondern sogar noch ein 11. Schule in die Erwerbung. Beide werden entweder zur Erweiterung der Schulkarriere durch zweijährigen Besuch einer High School“ oder zur Erwerbung von kaufmännischen oder handwerklichen Kenntnissen durch intensiven Besuch von Handels- oder Gewerbeschulen oder anderen Fortschriften benutzt. Gleiche Möglichkeiten bieten auch für andere Jugend sehr empfehlenswert.“

Dieser Meinung ist ohne weiteres zuzustimmen. Und es ist erfreulich, daß die aus der Feder eines ehemaligen Militärs kommt und in einer so realistischen Zeitung wie der „D. B. 3“ zum Abdruck gelangt. Aber man sollte es bei Worten nicht bewundern lassen, sondern auch sonst hierfür einzuführen.

#### Wirtschaftliches.

Die Praxis der Unternehmer bei Akkordleistung kommt bei der Intensität der Produktion.

Im jüngst erschienenen Heft der „Wirtschaftswarte“ werden die Ergebnisse von Untersuchungen, die von Mitarbeitern des Statistischen Instituts in Düsseldorf zur Prüfung der Arbeitsteilung in industriellen Betriebsteilen durchgeführt wurden, mitgeteilt. Bei der Durchführung der Recherche wurde eine eigens dafür konzipierte Arbeitsmethode verwandt, mit deren Hilfe die Verteilung der Arbeitsteilung in Maschinen-, Einzel- und Massenproduktion untersucht werden kann. Der eindrücklichsten und lehrreichsten Ergebnissen dieser Untersuchung kann man wohl als Beispiele entnehmen, daß die in Deutschland so beliebte Methode der Arbeitsteilung zur Steigerung der Arbeitsteilung führen mög. Die beste Arbeitsteilung ist nämlich die, daß die Akkordleistung mehr oder weniger vollständig und ohne erstaunliche Unterbrechungen erfolgt und daß jedem der Arbeiter die Leistung zu steigern vermag, die Akkordarbeiter selbständig herabgesetzt werden. Kein Wunder, wenn unter diesen Bedingungen der deutsche Arbeiter dazu neigt, mit Absicht seine hohe Leistung nicht herzugeben. Vielleicht steht er ja in einer sofern ein Sondererscheinung, eine gewisse Stütze nicht zu treffen, weil er fürchtet, durch häufige Herabsetzung des Gehalts

lohnens um die Früchte seiner Anstrengung gebracht zu werden. Deshalb kommt der Verfasser zum Schluß, daß mit diesem in Deutschland noch so beliebten System der nachträglichen Verminderung der Akkordlohnne gebrochen werden muß. Erkennt die Arbeiterschaft und ihre gewerkschaftliche Vertretung, daß einwandfrei ermittelte Akkordzeiten und -preise wirklich nicht mehr zu ihrem Schaden geändert werden, dann ist auch kein Grund zu der Arbeitshemmung gegeben. Die mitgeteilten Untersuchungen lassen erkennen, welche ungeheure Werte auf diese Weise durch das Verschulden der Unternehmer verloren gehen.

#### Arbeitszeit und Arbeitsleistung.

Die „Wirtschaftskurve“ bringt Auszüge aus Preisarbeiten, welche die Aufhebung der Zusammenhänge zwischen Arbeitszeit und Arbeitsleistung zum Ziel hatten. Der Träger des ersten Preises, Diplomingenieur Otto Schulz-Dubois, behandelt in seiner Arbeit die Frage bezüglich des deutschen Baugewerbes und untersucht die Arbeitsintensität von Maurerarbeitsarbeit im Gebiete von Groß-Frankfurt im Verlaufe der letzten vierzig Jahre. Er kommt zu Schlüssen und Feststellungen, die nicht nur für das deutsche Baugewerbe, sondern auch darüber hinaus sehr ausschlußreich sind. Was das Baugewerbe selbst anbelangt, so war die Arbeitsintensität von 1885—1910 in stetigem Steigen begriffen, von da ab bleibt die Intensität auf gleicher Höhe. Arbeitszeitverkürzungen hatten jedesmal eine deutlich bemerkbare Erhöhung der Arbeitsleistung zur Folge. Bei Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit im Jahre 1890 machte z. B. die Arbeitsleistung einen starken Rück nach oben; es lag vorher Überanstrengung der meisten Arbeiter vor. Während des Krieges ging die Arbeitsleistung sehr wenig, im Jahre nach der Revolution jedoch stark zurück, so daß sie im Jahre 1919 mit 74 Prozent ihren größten Zustand erreichte; dann fing sie jedoch langsam wieder zu steigen an. Einen kleinen Rückschlag brachte nur das Jahr 1923 mit seiner Inflationskrise. Augenblicklich sind die Friedensleistungen noch nicht wieder erreicht. Der jährige Absall der Arbeitsleistungen nach der Revolution hängt nicht mit der Verkürzung der Arbeitszeit, sondern mit politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen zusammen. Außerordentlich ausführlich sind die Feststellungen, die sich auf die Wirkung der politischen und wirtschaftlichen Lage wie auch der Verfeuerung der Lebenshaltung auf die Arbeitsleistung beziehen. Seiten politischer Erregung, wirtschaftlich schlechte Lage und alle die Begleiterscheinungen, wie Kurzarbeit, Entlassungen, drohende Arbeitslosigkeit, vermindern die Arbeitslust sehr erheblich. Der Arbeiter sucht dann die Produktion zu strecken, um sich seine Arbeitsgelegenheiten möglichst lange zu erhalten. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Erscheinung des Rückgangs der Arbeitsleistung aus solchen Gründen sich auch bei Akkordarbeit geltend macht. Sehr wichtig ist aber auch die Frage der Lebenshaltung. Von Unternehmenseite wird oft behauptet, daß der Hunger die beste Peitsche der Arbeitsleistung sei; deshalb soll man niedrige Akkordsätze einführen. Der Verfasser der vorliegenden Arbeit kommt dagegen zu Schlüssen, die das Gegenteil besagen. Die höheren Einkommen — so führt Ingenieur Schulz aus — mit ihrer größeren Kaufkraft im Verein mit der Verkürzung der Arbeitszeit bedeuten eine Erhöhung der Bedürfnisse, die durch Verbesserung der Lebenshaltung befriedigt werden können. Verbesserung der Lebenshaltung hat aber eine Hebung des Arbeitsetters und der Arbeitsfreude, also der Arbeitsintensität, zur Folge. Vertiefte soziale Ausbildung, Teilnahme an Abendkursen, vermehrte Teilnahme an den Errungenschaften der Technik weisen in diese Richtung. So bewirkt die Erhöhung der Lebenshaltung sowohl in Zeiten der Arbeitszeitverkürzung wie auch in Jahren, wo solche nicht stattfinden, eine Erhöhung der Arbeitsleistung. Allerdings macht sich diese Erscheinung nur allmählich bemerkbar, wie ja Änderungen in Lebensgewohnheiten und Lebensführung nur sehr langsam eintreten.

#### Wie sie uns ausplündern.

Nicht genug damit, daß die Produktionskartelle die Preise verstettern, auch der Zwischenhandel wirkt preisverfeuernd. Ein Beispiel dafür bietet der Kohlenhandel. Das Reichswirtschaftsministerium sah sich in letzter Zeit mehrmals veranlaßt, hier einzutreten. Der Reichswirtschaftsminister befand sein Eingreifen im Lübecker Kohlenhandel u. a. mit folgenden Worten: „In die Deckung des Brennstoffbedarfs teilt sich gegenüber der Vorkriegszeit die doppelte Anzahl von Einzelfirmen, obwohl der Brennstoffbedarf des hier in Betracht kommenden Absatzgebietes um 25 Prozent zurückgegangen ist. Die einzelne Leistung muß daher mit einem Ziel zu hohen Unkostenstaffel belohnt werden. Die Steigerung der Kohlenpreise in Berlin auf dem Wege vom Eisenbahnwagen bzw. Kahn bis zum Verbraucher hat folgendes Ergebnis:

	Großhandelspreise In Lübeck	Kleinhandelspreise frei Bahnhof Berlin	Kleinhandelspreise ab Lager frei Keller
Oberhol. Kohle, Muß II	27	40,80	43,80
Braunkohlenbitkette	19,15	30,20	32,60
Anthrazit (westl.)	57,88	73,40	—
Anthrazit (engl.)	63,70	101,60	—

Hierzu ist ersichtlich, wie verfeuernd der Zwischenhandel wirkt. Daher sollten alle Gewerkschaftsmitglieder ihren Brennstoffbedarf nur bei ihren Konkurrenzgesellschaften decken. Hier kann der Zwischenhandel mit Erfolg ausgeschaltet werden.

#### Ergebnisse der Normung.

Die in der deutschen Produktion übliche Vielzahl von Werkzeugen, Maschinenarten usw. verursacht bekanntlich eine nicht unerhebliche Verzettelung der Produktion. Der Normungsausschuß der deutschen Industrie hat häufig die Ergebnisse der Normung bei einigen Produkten bekanntgegeben. Danach konnte die Zahl der Werkzeuge und Produkte folgendermaßen herabgedrückt werden:

	Mitglied 5-jährig vor der Normung	Anzahl von der Normung	Mitglied 5-jährig vor der Normung	Anzahl von der Normung
Zahl der SpitzengewindeSysteme	11	2	100	18
Gewindearten	274	72	100	26
Lehren	548	144	100	26
Bohrer	822	226	100	27
Schneiden	548	144	100	26
Reinigungschränen	21	3	100	26
Blattfedern	50	9	100	18
Federfußplatte	29	8	100	20
Raffierpflücker	16	6	100	37
Flachreinigungsstück	233	111	100	33

In der Glühlampenindustrie ist man auf dem Wege nach einer denischen Einheitsglühlampe. Die hente im Handel befindlichen Sorten sind sehr verschieden. So gibt es welche mit Kohlen- und solche mit Wolfsköpfchen, linsförmige und gespalten, mit klarem oder weißerem Glas usw. Hente gibt es 6000 verschiedene Lampentypen, wovon auf die Nummerbezeichnung 5 verschiedene Lampen eintreffen. Alle diese Sorten sollen erlegt werden durch 6 verschiedene Lampen, die die Ökonomiegesellschaft jetzt herausbringen will. Notwendig ist darum aber auch, daß die Spannung der deutschen Elektrizitätsnetze überall gleich ist. Hente muß jemand, der umzieht, vielfach seine Glühlampen durch neue ersetzen, da in der neuen Wohnung eine solche viel geringerer oder höherer Spannung verwendet werden kann.

#### Internationale Arbeiterbewegung.

Ein Weltkongress der Einwanderer findet in der Zeit vom 18. bis 21. Mai 1928 in London statt. Einziger Sinn ist dieser Kongress gemeinsam mit Internationalen Gewerkschaftsstand und der Sozialistischen Arbeiterinternationale. Es sind folgende Tagesordnungspunkte und Referaten vorge-

2. Persönlichkeit, Ausdruck und Assimilation — C. L. Green (London)
3. Schutz der Einwanderer — C. Knoll (Berlin)
4. Die Lage der Einwanderer auf dem Gebiete der Sozialversicherung — L. de Stocke (Brüssel)
5. Wirtschaftliche Faktoren der Wanderung — J. W. Brown (Amsterdam)
6. Wanderungspolitik der Arbeitersorganisationen — C. Mertens (Brüssel)

#### Gewerkschaftliche Nachrichten.

##### Redakteurjuubiläum im Leberarbeiterverband.

Der Redakteur der „Leberarbeiter-Zeitung“ Genoße Oike konnte am 1. April auf eine 25jährige Tätigkeit als Gewerkschafts-Redakteur zurückblicken. Von 1901 bis 1909 war er Redakteur des „Handelskochmachers“. Nach der Verschmelzung des Handelskochmachers mit dem Leberarbeiterverband übernahm er die Redaktion der „Leberarbeiter-Zeitung“. Möge er noch recht lange als Kämpfer der Mitgliedschaft seiner Organisation wegweisen zur Seite stehen. Unsere besten Wünsche!

##### Schwäger.

Es gibt keine geistesärmeren Presse als die kommunistische. Diese Tatsache tritt deutlich seit der Geburt des „Spartakus-Ekkibriefes“ in die Erscheinung. Die kommunistischen Redakteure schwelen beständig in der Gefahr, etwas nach rechts oder etwas nach links auszurutschen. Da braucht es keinen Unglücksraben immer noch am besten gegen die reformistischen Gewerkschaftsführer, da braucht man keinen Geist auszugeben.

Der „Proletarier“ Nr. 12 brachte eine Übersicht über die gesetzlichen Rechte der Rostandsarbeiter. Auch die für sie bestehenden Nachteile wurden hervorgehoben, kurz, es wurden Tatsachen festgestellt. Das war Grund genug für die kommunistische „Sozialistische Republik“ Nr. 7, den „Proletarier“ anzumelden. „So lassen sich die reformistischen Gewerkschaftsführer eine Position nach der anderen rauben“, heißt es. Ja, waren denn die wortgewaltigen Kommunisten nicht auch da? Natürlich waren sie da, aber nur zum Schwägen, wie heute auch noch. Diese wilden Männer können natürlich so wenig imponieren wie der Esel in der Löwenhaut. Alle Welt lacht über das Gehäule sein sollende J. a. „Es gab einmal ein Betriebsratgesetz... Es gab einmal eine Weimarer Verfassung... usw.“ so philosophiert der „Sozialistische Republik“ Mann. Wer hat denn das Betriebsratgesetz und wer hat denn die Weimarer Verfassung in Grund und Boden hinein verdammkt? Waren das nicht die Leute, deren ganze Gesichtsfront ein einziger Rachen ist? Wer nichts gelernt hat, als auf zwei Fingern zu pfeifen oder auf der Trompete zu tönen, der soll von der Journalistik bleiben.

#### Verbandsnachrichten.

##### Ausgeschlossen

wurde der Kollege Adolf Oberthür, Mitglied der Zahlstelle Duisburg, auf Grund des § 14 Abs. 3a.

##### Meldungen für die Arbeiterhochschulen.

Im August d. J. beginnt in der Heimvolkshochschule Tinz ein Männerkursus und im Oktober eröffnen die Arbeiterakademie in Frankfurt und die Wirtschaftsschule in Berlin ihre Lehrgänge.

Der Besuch, vor allem der der Arbeiterakademie und der Wirtschaftsschule, setzt eine bestimmte Vorbildung voraus, die sich die einzelnen Bewerber durch Besuch von Kursen oder Selbststudien erworben haben müssen. Die Bewerber sollen das 35. Lebensjahr nicht überschritten haben und mindestens 3 Jahre Mitglied unseres Verbandes sein. Wir fordern unsere Kolleginnen und Kollegen auf, bei denen die Voraussetzungen erfüllt sind und die auf die Teilnahme an einem der Lehrgänge reflektieren, ihre Bewerbungen bis zum 29. Mai beim Hauptamt einzureichen. Die Bewerbungen müssen Angaben über Lebenslauf, Bildungsgang, Berufstätigkeit und bisherige Wirksamkeit in der Arbeiterbewegung enthalten.

Zuletzt ist ein Aufruf über die Bedeutung einer gründlichen Bildung der Gewerkschaftsfunktionäre für die allgemeine Arbeiterbewegung beizufügen. Die Bewerber und ihre Angehörigen erhalten eine noch zu vereinbarende Entschädigung für die Dauer der Lehrgänge. Sie müssen sich verpflichten, während dieser Zeit keinerlei Nebenbeschäftigung anzunehmen, sondern ihre ganze Kraft und Zeit dem Studium zu widmen.

Um Irrtümer zu vermeiden, sei von vornherein besont, daß den Besuchern der Schule keinerlei Antrecht auf eine Darstellung in der Gewerkschaft gewährleistet werden kann.

#### Zahlstelle Frankfurt a. Main.

Die ausgeschriebene Stelle eines Geschäftsführers ist besetzt. Gestellt wurde der Kollege Krämer. Allen Bewerbern besten Dank.

##### Literaris